

DIE SPITZE

Aus der Bahn

Eine Überschrift in der »Financial Times Deutschland« ließ uns aufmerken: »Bahnstreik auf Chinesisch«. In dem Bericht dazu stand, dass die Chinesen am 11. Oktober die Eisenbahnlinie nach Nordkorea unterbrochen haben. Keine Züge fuhr mehr. Der Grund für diesen »Streik« sei gewesen, dass Nordkoreaner ständig Waggonen da behalten – um sie auseinanderzunehmen und den Chinesen dann als Altmetall wieder zu verkaufen. Wahrscheinlich denken sich die Nordkoreaner nichts Böses dabei. Sie meinen einfach nur, so funktioniert Kapitalismus, und da wollen die Chinesen ja schließlich hin. Wir haben die Nachricht ausnahmsweise mal nicht vor Ort überprüft, gehen aber davon aus, dass sie stimmt. Und wir denken weiter: Was wäre, wenn zum Beispiel Frankreich deutsche Züge, die dorthin fahren, einfach behalten würde? Samt Lokführern. Und uns dafür vielleicht demonstrierende Bauern auf Traktoren zurückschicken würde (die – nebenbei bemerkt – für den obigen Zweck nur schwer einsetzbar wären). Manfred Schell von der Lokführer-Gewerkschaft, der die Organisation des Arbeitskampfes mit einer Kur am Bodensee verbunden hat, könnte das gar nicht recht sein. Denn er organisiert ja nur Lokführer. Was lehrt uns das? Wenig. Eigentlich nur soviel, dass Bahnstreiks schon mal merkwürdig sein können.

ALTERSTEILZEIT

Gesetzgeber soll handeln

Die IG Metall fordert den Bundestag auf, den gleitenden Übergang in die Rente zu erhalten.

2009 läuft die Förderung der Altersteilzeit aus. In einem Positionspapier setzt sich der IG Metall-Vorstand für Nachfolgeregelungen ein. Die wichtigsten Punkte:

► **Altersteilzeit:** Wenn Arbeitgeber die Entgelte aufstocken, sollen auf diese Beträge wie bisher keine Steuern und Sozialbeiträge entfallen. Werden die Stellen wieder besetzt, soll die Bundesagentur für Arbeit (BA) sie weiter bezuschussen. Dabei könnten die Mittel verwendet werden, um gezielt die Einstellung von jungen Leuten unter 25, Arbeitslosen über 50 Jahre und Auszubildenden zu fördern.

► **Teilrente:** Ein gleitender Übergang soll auch über Teilrenten möglich werden. Schon jetzt können Rentenversicherte eine Ein-Drittel-, halbe oder Zwei-Drittel-Rente beziehen. Allerdings nur langjährig Versicherte (ab dem 63. Lebensjahr), die schon Anspruch auf die Altersrente haben. Die IG Metall will jedoch, dass Beschäftigte sie schon ab 60 Jahre bekommen können. Damit das für sie at-

traktiv ist, müsste aber deutlich mehr als bisher dazuverdient werden können.

Neue Modelle dürfen nicht zu Lasten des Arbeitnehmers gehen. Der Arbeitgeber soll die Rentenbeiträge zu 100 Prozent weiterzahlen können, um spätere Abschläge bei der Rente auszugleichen. Auch soll Altersteilzeit mit Teilrente von der BA gefördert werden. Eine Teilrente ist jedoch nur eine zusätzliche Finanzierungsmöglichkeit.

Außerdem fordert die IG Metall, dass **langjährig Versicherte** schon vom 62. Lebensjahr an in Altersrente gehen können.

Über alle Punkte will die IG Metall jetzt mit den **Parteien und der Regierung** reden. Eine **Informationskampagne**, begleitet von betrieblichen Aktionen, soll sie dabei unterstützen. Die Zeit drängt. In den letzten Metall-Tarifverhandlungen haben sich IG Metall und Gesamtmetall verpflichtet, sich spätestens im Juni 2008 zu treffen, um die Tarifregelungen zum flexiblen Übergang in die Rente weiterzuentwickeln. Voraussetzung: Der Gesetzgeber schafft die Rahmenbedingungen dafür.

VW - G E S E T Z

Nicht aufgeben, sondern neu gestalten

Das VW-Gesetz soll erhalten bleiben. Die Regierungskoalition soll es so gestalten, dass es mit EU-Recht in Einklang steht. Das hat Jürgen Peters jetzt gefordert. »Der Europäische Gerichtshof hat nicht das VW-Gesetz für rechtswidrig erklärt, sondern bestimmte Regelungen darin«, sagte der Erste Vorsitzende der IG Metall. Unberührt blieben zum Beispiel die Paragraphen, nach denen zwei Drittel der Stimmen des Aufsichtsrats not-

wendig seien, um Produktionsstandorte zu verlegen.

Am 23. Oktober entschied der EuGH, dass das Gesetz, das VW vor feindlichen Übernahmen schützen soll, gegen EU-Recht verstößt. Es behindere den freien Kapitalverkehr. Peters und IG Metall-Betriebsleiter Hartmut Meine kritisierten das Urteil. Die EU-Richter räumten »dem Interesse von Anlegern einen höheren Stellenwert ein als denen der Arbeitnehmer«.

Inhalt

LEIPZIG:
Von Altersteilzeit bis Zeitarbeit
SEITE 2

INTERNETPORTALE:
Vertrauensleute und Betriebsräte online
SEITE 3

SIEMENS VDO:
Mit einer Stimme sprechen
SEITE 4

IG METALL-KASSE:
Stabile Beiträge und mehr Mitglieder
SEITE 5

STICHWORT:
Erwerbsminderungsrente
SEITE 6

ARBEIT UND RECHT:
Einseitige Klauseln über Zulagen
SEITE 7

INFOS UND TIPPS
SEITE 8

direkt gefragt:

Der Gewerkschaftstag in Leipzig steht vor der Tür. Dort werden die Weichen für die nächsten vier Jahre der IG Metall gestellt. **direkt** gefragt:

Was erhofft ihr euch vom 21. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall?

»Dass wir einen verstärkten Einfluss in Richtung zu einer altersgerechten Arbeitspolitik nehmen. Außerdem müssen wir auch nach 2009 die Möglichkeit eines vorzeitigen Altersausstiegs für Beschäftigte zu vernünftigen Bedingungen erhalten. Dadurch bekommen auch junge Menschen eine Perspektive.«

Ralf Wilke, VKL-Voritzender, Mercedes Benz, Bremen

»Es müssen Maßnahmen beschlossen und Verhandlungen getroffen werden, um der Tariffucht von selbständigen Handwerksmeistern entgegenzutreten. Für die Beschäftigten in den Handwerkskonzernen müssen entsprechende Tarifverträge – natürlich nur mit der IG Metall zusammen – gestaltet werden. Tariflose Gebiete könnten damit wieder unter die Gültigkeit eines Tarifvertrags kommen. Eine betriebsnahe Tarifpolitik würde sich auch auf die Mitgliederentwicklung positiv auswirken.«

Reimund Lingstädt, stellvertretender GBR-Vorsitzender, Imtech Deutschland, Illingen

»Die Bildung von strategischen Allianzen mit gesellschaftlichen Organisationen wäre mehr als wünschenswert. In diesem Zusammenhang sollte deutlich gemacht werden, wie die Lobbyisten der Auto- oder Stromindustrie in Berlin agieren und welche – offensichtlich ganz legale – Budgets und Privilegien ihnen zur Verfügung stehen.«

Rainer Rodenbusch, GBR-Vorsitzender, Konecranes Deutschland, Duisburg

»Ich hoffe, dass sich der Gewerkschaftstag intensiv mit dem Thema Leiharbeit befasst und entsprechende Beschlüsse fasst. Gleiches gilt für den gleitenden Übergang in die Rente mit einer abgesicherten Altersteilzeit. Für die künftige Tarifpolitik ist es wichtig, den Flächentarifvertrag zu erhalten und nicht zu viel den Betriebsparteien zu überlassen.«

Klaus Peter Volle, Betriebsratsvorsitzender, Komatsu Hanomag, Hannover

»In der Tarifpolitik wird das Pforzheimer Abkommen in den nächsten Jahren noch mehr an Bedeutung gewinnen. Der Gewerkschaftstag muss ein deutliches Signal setzen, dass die betriebliche Tarifpolitik nur mit der IG Metall möglich sein darf. Beim Thema Leiharbeit muss der Organisationsgrad gestärkt werden. Betriebseinsätze von Leiharbeitnehmern müssen befristet sein. Zum einen, damit reguläre Beschäftigung nicht von Leiharbeit verdrängt wird. Aber auch, damit die Menschen in Leiharbeit endlich aus der prekären Beschäftigung kommen.«

Herbert Kasperek, stellvertretender BR-Vorsitzender, Liebherr-Werk, Biberach

GEWERKSCHAFTSTAG DER IG METALL

Von Altersteilzeit bis Zeitarbeit

Der Gewerkschaftstag rückt näher. Vom 4. bis 10. November werden 501 Delegierte in Leipzig die Mitglieder des Vorstands wählen und über die politische Richtung der IG Metall für die nächsten vier Jahre beraten. Unter dem Motto »Zukunft braucht Gerechtigkeit« hat sich die IG Metall für ihren 21. ordentlichen Gewerkschaftstag in Leipzig einiges vorgenommen. Mehr als 500 Anträge und sieben Entschlüsse werden die Delegierten Anfang November diskutieren und abstimmen.

Zahlreiche Anträge gibt es zu den Bereichen Tarifpolitik (98 Anträge) sowie Organisations- und Mitgliederentwicklung (100 Anträge). Aber auch die Themen Sozialpolitik sowie Bildung und Qualifizierung sind mit 74 beziehungsweise 78 Anträgen stark vertreten. Dabei bilden die Anträge ein sehr breites Spektrum ab. Die Themen reichen, von A wie Altersteilzeit bis Z wie Zeitarbeit. So wird sich der Gewerkschaftstag mit der Forderung nach einem früheren Renteneintrittsalter für Beschäftigte mit 40 und mehr Versicherungsjahren beschäftigen.

Außerdem fordern zahlreiche Verwaltungsstellen in ihren Anträgen, die Altersteilzeit über 2009 hinaus weiter zu fördern.

Auch das Projekt »Gute Arbeit« ist Thema auf dem Gewerkschaftstag. In zahlreichen Anträgen wird die Verlängerung des Projekts gefordert. Angesichts des steigenden Leistungsdrucks und Stress am Arbeitsplatz wünschen sich einige Antragsteller, das Projekt dauerhaft einzurichten.

Leiharbeit begrenzen

Wie sehr das Thema Leiharbeit vielen IG Metallern unter den Nägeln brennt, spiegelt sich ebenfalls in den Anträgen wieder. Viele beklagen die Zunahme prekärer Beschäftigung und fordern, den Einsatz von Leiharbeitern zu begrenzen und ihre tariflichen Bedingungen zu verbessern.

Alle Anträge und Entschlüsse gibt es als Broschüre. Sie steht im IG Metall-Extranet und kann dort heruntergeladen und ausgedruckt werden.

► www.extranet.igmetall.de

→ Konferenzen 2007

→ Gewerkschaftstag

BÜNDNIS »BAHN FÜR ALLE«

IG Metall tritt Bündnis bei

Die IG Metall ist dem Bündnis »Bahn für Alle« beigetreten. Das Bündnis – dem auch Verdi, Attac und der BUND angehören – ist gegen eine Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG. Zudem fordert es auf, sich für eine wirkliche Verkehrswende, für eine konsequente Politik für die Schiene und damit für eine Bahn für alle zu engagieren. Die IG Metall hat bereits im Februar 2007 die Privatisierung

der Bahn abgelehnt. Sie hat erklärt, dass es notwendig ist, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen und den öffentlichen Mobilitätsbedarf auch in der Fläche sicherzustellen. Denn der Aufbau eines integrierten europäischen Schienenverkehrssystems lässt sich nur unter öffentlicher Verantwortung erreichen. Mehr Infos zum Bündnis:

► www.bahn-fuer-alle.de

► www.DeineBahn.de

IMPRESSUM

direkt · Der Infodienst der IG Metall

Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler

IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiter: Werner Hoffmann (verantw. i. S. d. P.), Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Redaktion: Fritz Arndt, Dirk Erb, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan; Gestaltung: Gudrun Wichelhaus; Bildredaktion: Michael Schinke

Vertrieb: Reinhold Weißmann, Telefon: 069/66 93-22 24, Fax: 069/6693-25 38,

vertrieb@igmetall.de; Druck: apm AG, Darmstadt

Anzeigen: Patricia Schledz, Tel.: 06151/8127-0, Fax: 06151/80 93 98, schledz@zweiplus.de

direkt im Internet: www.igmetall.de/direkt

TELEFON DER REDAKTION: 069/6693-2633 · FAX: 069/6693-2000 · DIREKT@IGMETALL.DE

Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Vertrauensleute und Betriebsräte online

In mindestens drei Dutzend Unternehmen gibt es inzwischen Firmen-Internetseiten, hinter denen nicht die Geschäftsleitungen stehen, sondern Vertrauensleute, Betriebsräte und IG Metall.

»Du bist nur am rumnörgeln. Es kommt keine konstruktive Kritik von dir.« Auf der Internetseite »Metaller bei Avaya« macht ein Beschäftigter seinem Ärger über einen Kollegen Luft, der die Gewerkschaften kritisiert. Das Diskussionsforum auf der Homepage von Avaya-Tenovis steht jedem im weltweiten Netz offen, der Internetzugang hat. In der Regel sind es allerdings Beschäftigte von Avaya, die die Homepage anklicken. Am beliebtesten ist das Diskussionsforum – 70 Prozent aller Besucher zieht es dorthin. Insgesamt registrieren die Macher pro Tag 500 bis 700 Zugriffe auf ihre Homepage. Die Macher – das sind der stellvertretende Vertrauenskörperleiter Siegfried Winter und ein Ex-Kollege, der jetzt in Altersteilzeit ist. Auch die anderen Homepages werden meist von Vertrauensleuten betreut, manchmal auch von den Betriebsräten oder von beiden gemeinsam. Hauptamtliche IG Metaller unterstützen sie.

Viele Zugriffe

Eine der ältesten Homepages ist »Siemens Dialog«. Sie wurde 1999 installiert. »Damals ging es um die Frage: Wie erreichen wir die Masse der Beschäftigten am effektivsten, von denen mehr als 60 Prozent Angestellte sind – in einem Konzern, der sehr zersplittert ist«, erinnert sich Wolfgang Müller, der das Portal aufgebaut hat. Der Sekretär in der IG Metall-Bezirksleitung München war Siemens-Konzernbetreuer. Zurzeit kommt Siemens-Dialog auf etwa 350 000 Zugriffe pro Monat. Ein Spitzenwert wurde vergangenen Juli erreicht. Der Verkauf von VDO ließ die Zahl der Zugriffe auf rund 363 600 empor schnellen.

Was im eigenen Betrieb passiert – Konzernstrategien, Firmenverkäufe und drohende Entlassungen – stößt auf das größte Interesse. An zweiter Stelle steht »alles, was handfeste finanzielle Auswirkungen

hat, wie Era oder Verhandlungen über Ergänzungs-Tarifverträge«, berichtet Hagen Reimer. Er betreut den Siemens-Dialog, den NSN-Dialog von Nokia Siemens Networks und die Homepage der Schaeffler-Gruppe.

Neben aktuellen Nachrichten aus dem Betrieb (wie Konzernstrategien, Aus- und Weiterbildung, Eingruppierungsprobleme, betriebliche Konflikte, Aktionen, Personalien), bieten die Firmenportale Rechtsauskünfte, Informationen zum Herunterladen, Links, Kontaktadressen und Foren. Manchmal werden die Seiten auch für Umfragen in der Belegschaft genutzt. Wichtig ist: die Themen müssen dicht am Betrieb und aktuell sein.

Breite Wirkung

Heikel sind mitunter die offenen Foren, in denen sich jeder äußern kann. Vor allem, wenn sie anonyme Beiträge zulassen, damit jeder offen seine Meinung sagen kann, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Den Verantwortlichen des Avaya-Portals drohte die Geschäftsleitung rechtliche Schritte an, als jemand Beleidigendes und Ehrverletzendes über ein Mitglied der Geschäftsführung geäußert hatte. Die Macher zogen daraus Konsequenzen. »Was strafrechtlich relevant ist, nehmen wir jetzt heraus«, sagt Winter, »ansonsten sind wir sehr tolerant.«

Homepages können breite Wirkung erzielen. Gelesen werden sie

nicht nur von den Belegschaften, sondern auch von Managern und Journalisten. »Bei der BenQ-Krise wurden wir ständig in den Medien zitiert«, berichtet Wolfgang Müller. Siemens-Dialog hat es mehrmals ganz oben auf die Startseite von Google News gebracht. Davon können viele Zeitungen nur träumen.

Intensive Diskussionen

Portale sind vor allem da sinnvoll, wo viele Beschäftigte PCs an ihrem Arbeitsplatz haben. Und wo viele im Außendienst sind. Oft sind die Homepages in Unternehmen entstanden, in denen Konflikte standen, in denen es keine gut funktionierende Mitbestimmungskultur gab und nur eine geringe Zahl von Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert sind. Mit Unternehmensportalen können sie leichter erreicht und schnell informiert werden. Diskussionen über die Unternehmenspolitik können gefördert und dadurch »die Unternehmenskultur verbessert werden«, sagt Wolfgang Müller.

Mehr Einfluss

Martin Weiss, Avaya-Betreuer der IG Metall, nennt noch einen weiteren Vorteil: »Betriebsräte und IG Metall können ihre Arbeit transparenter machen und für die Beschäftigten Möglichkeiten schaffen, mehr Einfluss zu nehmen«. Und wenn die Strukturen schon aufgebaut sind, lassen sich mit ihnen auch Kampagnen besser führen.

Extranet

Mit der IG Metall zur eigenen Homepage

Wollt ihr als Betriebsrat eine eigene Homepage machen? Braucht ihr für den internen Austausch ein virtuelles Netzwerk? Das **Extranet** kann euch unterstützen.

Die IG Metall hat ein eigenes Werkzeug (NetKey), mit dem ihr ohne Programmier- und HTML-Kenntnisse schnell und einfach Internetseiten gestalten könnt. Sie können öffentlich oder passwortgeschützt

sein. Da das Programm auf dem Server der IG Metall liegt, muss keine Software installiert werden, ein Internetzugang genügt. Ein Handbuch gibt es auch online. Gewerkschaftlich Aktive der IG Metall können sie kostenlos nutzen. Aus presserechtlichen Gründen ist für das Impressum die Zustimmung der Verwaltungsstelle oder der Bezirksleitung erforderlich.

Extranet: extranet.igmetall.de
Erstanmeldung: extranet.igmetall.de/erstanmeldung

► Von Alisco, Bosch, Daimler, Danfoss, Dillinger Hütte, Ford, Hewlett Packard, Hydro Aluminium, Rasselstein, SAP, Thyssen-Krupp, VEM Sachsenwerk, Volkswagen, Welger Maschinenfabrik bis Zollern BHW – eine Liste der Homepages dieser und anderer Firmen ist im Extranet zu finden unter: extranet.igmetall.de → Aktive → Eure Homepages Rechte Box: Informationen, wie Netkey funktioniert.

► Extranet: Das Extranet der IG Metall weist auf Neuigkeiten hin, empfiehlt interessante Presseartikel, bietet eine Infografik und vieles mehr. Noch nicht angemeldet? Kein Problem. Einfach mal reinschauen.

Mit einer Stimme sprechen

► **Gegen die Stimmen der IG Metall wurde im Juli die Übernahme von Siemens VDO durch Continental beschlossen. Bis zum 15. November will die EU-Kommission darüber entscheiden, ob die Übernahme dem Wettbewerbsrecht entspricht. Stimmt Brüssel zu, tritt die Übernahme möglicherweise schon am 1. Dezember 2007 in Kraft. Um die hohe Kaufsumme von 11,4 Milliarden Euro wieder hereinzuholen, will Continental die Umsatzrendite bei Siemens VDO auf zehn Prozent nahezu verdoppeln. Das könnte mehrere tausend Arbeitsplätze gefährden, befürchtet die IG Metall.**

Mit der Übernahme von Siemens VDO durch Continental entsteht der zweitgrößte deutsche Automobilzulieferer mit 140 000 Beschäftigten. Der Zusammenschluss ist eine gewerkschaftspolitisch große Herausforderung, denn es drohen womöglich Arbeitsplatzabbau, Werksschließungen und Verschlechterung von Tarifstandards. Mitte Oktober trafen sich rund 60 Betriebsratsvorsitzende und IG Metall-Vertrauenskörperleiter aller Standorte von Siemens VDO und Continental Automotive Systems (CAS) in Frankfurt. Ihr Ziel war, sich auf eine Strategie zu verständigen, um sich für mögliche Konflikte zu wappnen. »Im neuen Unternehmen müssen wir mit einer Stimme sprechen«, betonte der Bezirksleiter von Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Hartmut Meine.

Nach Einschätzung der IG Metall dürfte die Strategie des Managements darauf abzielen, Standorte gegeneinander auszuspielen. Bei den Belegschaften herrscht zum Teil große Unsicherheit. Doch das Management nimmt die Sorgen der Mitarbeiter nicht wahr. Ohne vorhergehende Information an die Betriebsratsgremien wurden etwa

per Intranet Integrationsnewsletter an die Beschäftigten von Conti und Siemens VDO verschickt. Betriebsräte, Vertrauensleute und IG Metall fordern eine Standort- und Beschäftigungssicherung, den Erhalt von Tarifstandards und die Fortgeltung von Betriebsvereinbarungen.

Auf Ballhöhe bleiben

Eine erfolgreiche Gewerkschaftspolitik in dem neuen Konzern wird nur möglich sein, wenn die Arbeitnehmervertreter an einem Strang ziehen. »Mehr denn je ist jetzt die Mitgliederfrage entscheidend und die Beteiligung der Beschäftigten«, sagte der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber.

Jetzt wird es darauf ankommen, die Zusammenarbeit zwischen den Betriebsräten und Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsräten und der IG Metall möglichst schnell zu organisieren. Dazu gehört ein abgestimmtes Kommunikationskonzept und die Bildung einer Steuerungs-Projektgruppe. Außerdem wurde ein weiteres Treffen der Betriebsratsvorsitzenden und VK-Leiter vereinbart, um mit dem Fortgang des Zusammenschlusses auf Ballhöhe zu sein.

»CGM«

»Moralische Maßstäbe verlassen«

Kaum hat der als Nazi-Musiker enttarnte »CGM«-Betriebsrat bei Daimler-Chrysler in Untertürkheim, Oliver Hilburger, sein Amt niedergelegt, baut ihn die »christliche« Gewerkschaft als Opfer auf. Die Texte der Rechtsrock-Band »Noie Werte«, bei der Hilburger mitspielt, verherrlichen eindeutig Nazigedankengut. Mal hetzen sie gegen Linke, mal gegen Ausländer, mal verehren sie den Kriegsverbrecher Rudolf Hess. Doch statt sich von Hilburger zu distanzieren, versucht ihn die »CGM« nun als Märtyrer zu verkaufen. »Die IG Metall versucht, unseren Kollegen und Betriebsrat Oliver Hilburger, politisch zu vernichten«, bedauert die »CGM«-Gruppe in einem Mitgliederbrief. Die IG Metall-Betriebszeitung »Scheibenwischer«

sieht dahinter Kalkül: Die »CGM« versuche gezielt, »am äußersten rechten Rand Stimmen zu fischen«.

Auch der Bundesvorsitzende der »CGM«, Reinhardt Schiller, hat sich eingeschaltet – nachdem aufgefliegen war, dass Hilburger auch noch ehrenamtlicher Arbeitsrichter in Stuttgart ist. »Wieso sollte ein Mensch«, fragte er in der Landesschau des »Südwest-Rundfunks« scheinbar naiv, »der zugegebenermaßen etwas seltsame Texte singt, nicht in der Lage sein, an einem Arbeitsgericht Recht zu sprechen?« Für den »Scheibenwischer« zeigt die »CGM« mit ihrem »unerträglichen« Verhalten, dass sie »die moralischen Maßstäbe der Belegschaft und des Betriebsrats nicht mehr teilen«.

► Im Gespräch

THOMAS KALKBRENNER

Beauftragter der IG Metall für Siemens VDO

? **direkt:** Worum ging es bei dem Treffen der Betriebsräte und IG Metall-Vertrauensleute von Siemens VDO und Continental/CAS?

► **Kalkbrenner:** Ende dieses Jahres dürfte die Übernahme von Siemens VDO durch Continental vollzogen sein. Wir stehen dadurch vor großen Herausforderungen. In vielen Betrieben geht die Angst vor Arbeitsplatzabbau um.

? **direkt:** Warum?

► **Kalkbrenner:** Die beiden Unternehmen überschneiden sich in vielen Bereichen. Mehrere Tausend Arbeitsplätze stehen hier auf dem Spiel. Wir fordern daher eine Standort- und Beschäftigungssicherung unter Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen. Das ist die Kernaussage unserer Resolution, die wir auf der Konferenz einstimmig verabschiedet haben.

? **direkt:** Wo besteht weiterer Handlungsbedarf?

► **Kalkbrenner:** Es gibt noch viele ungeklärte Fragen etwa für die Beschäftigten von Siemens VDO bei Altersversorgung, Altersteilzeit und beim Insolvenzschutz. Wir wollen ein Zukunftskonzept darüber, welche Produkte und Technologien an den jeweiligen Standorten zur Sicherung der Arbeitsplätze sinnvoll sind. Wir werden uns nicht von Standortegoismen leiten und uns auseinander dividieren lassen.

? **direkt:** Was muss besser werden?

► **Kalkbrenner:** Wir wollen möglichst rasch alle Belegschaftsmitglieder ansprechen und viele organisieren. Wir wollen ein Kommunikationskonzept mit gemeinsamen Flugblättern, Internetauftritt oder Mailinglisten erarbeiten. Die Beteiligung der Belegschaften ist von grundlegender Bedeutung.

? **direkt:** Und die nächsten Schritte?

► **Kalkbrenner:** Wir werden die Einrichtung eines Aufsichtsrats bei Siemens VDO beim Registergericht vorantreiben. Siemens hat sich da bislang geweigert, tätig zu werden. Wir dulden aber keine mitbestimmungsfreien Räume.

IG Metall nachhaltig stärken

Der Kassenbericht der IG Metall für das Jahr 2006 gibt Auskunft über die Einnahmen und Ausgaben. **direkt** sprach mit Hauptkassierer Bertin Eichler über Details.

? direkt: Wie steht es um die Finanzkraft der IG Metall?

► **Eichler:** Die Beitragseinnahmen haben sich stabilisiert. Die IG Metall ist finanziell stark und uneingeschränkt handlungsfähig. Nach wie vor stellen wir jedes Jahr 15 Prozent der Beitragseinnahmen zurück. Das sichert die Kampfkraft und die Zukunft der IG Metall.

? direkt: Wie wird die aktuelle Mitgliederentwicklung eingeschätzt?

► **Eichler:** Da stehen wir hervorragend da. Die Trendwende ist geschafft. Darauf können wir alle stolz sein. Erstmals seit Jahren haben wir mehr Neuaufnahmen als Austritte. In diesem Jahr zählen wir bereits über 79 000 Neuaufnahmen, dass ist mehr, als manch eine Partei Mitglieder hat. Gegenüber 2006 ist das ein Plus von zwölf Prozent. Die oft wiederholte Behauptung, dass uns die Mitglieder in Scharen davonlaufen, ist damit wiederlegt. Wir haben die große Chance, bis Jahresende ein ausgeglichenes Ergebnis bei den betriebsangehörigen Mitgliedern zu erreichen.

? direkt: Was heißt das für die Beitragseinnahmen?

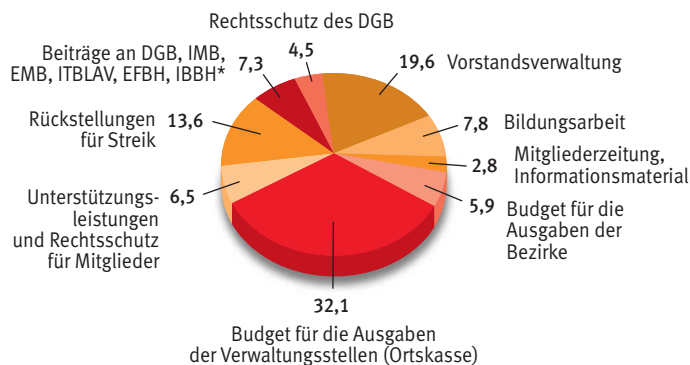
► **Eichler:** Die Beitragseinnahmen werden in 2007 höher ausfallen als im Vorjahr. Das stärkt die IG Metall. Das heißt jedoch nicht, dass wir von unserem Grundsatz des sparsamen Umgangs mit unseren Ressourcen abweichen. Mein Ehrgeiz ist es, alles zu tun, dass ein Mehr an Mitgliedern und Beiträgen die IG Metall nachhaltig stärkt – nicht nur finanziell, sondern auch politisch.

? direkt: Wie soll die Nachhaltigkeit erreicht werden?

► **Eichler:** Wir haben bereits vor Jahren eine strategische und professionelle Steuerung der Aufgaben aufgebaut. Das kommt uns heute zu Gute. Wir konzentrieren uns auf das Wesentliche und werden den Verwaltungsaufwand weiter minimieren. Gleichzeitig investieren wir in die Zukunft. Strategische Zukunftsprojekte werden aus dem Vermögen finanziert, die Verwaltungsstellen erhalten Zuschüsse aus dem Strukturfonds. Neu eingeführt wurde der Bonus für Neuaufnahmen. Die Verwaltungsstellen erhalten so zusätzliche Mittel für die Mitgliederwerbung. Nach wie vor gilt: Unsere Mitglieder sind unsere Stärke.

SO TEILT SICH DER EURO AUF

Wofür die Beiträge der IG Metall-Mitglieder verwendet werden, in Prozent (Stand: 31. Dezember 2006)



Quelle: IG Metall

*DGB: Deutscher Gewerkschaftsbund, IMB: Internationaler Metallgewerkschaftsbund, EMB: Europäischer Metallgewerkschaftsbund, ITBLAV: Internationale der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeitervereinigung, EFBH: Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter, IBBH: Internationaler Bund der Bau- und Holzarbeiter.

IG Metall-Hauptkasse

AUFWANDS- UND ERTRAGSRECHNUNG

jeweils vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006

EINNAHMEN	– in Euro –
Beiträge	423 711 679,63
Zinsen und ähnliche Erträge	557 293,97
Sonstige Erträge	7 096 586,49
Summe	431 365 560,09

AUSGABEN	– in Euro –
Ortskassen	
– Anteile	137 539 293,42
– Zuschüsse	12 797 033,36
Summe	150 336 326,78

Unterstützungsleistungen	
– Streik, Aussperrung u. Streiknebenkosten	5 588 288,85
– Maßregelung	14 326,00
– Rentner	8 605 225,78
– Sterbefälle	10 605 781,40
– a. o. Notfälle	181 409,14
– Rechtsschutz	890 892,09
– Freizeit-Unfallversicherung	4 393 200,21
Summe	30 279 123,47

Rückstellungen für Leistungen nach der Satzung	63 556 751,94
--	---------------

Beiträge an Organisationen	
– DGB	52 274 883,85
– IMB	1 412 882,92
– EMB	850 000,00
– ITBLAV	175 000,00
– EFBH/IBBH	146 321,70
Summe	54 859 088,47

Gewerkschaftliche Aufgaben	
– Zuschüsse an Bildungsstätten	17 275 630,87
– Seminarkosten	10 007 125,72
– Bücher für Seminarteilnehmer	83 281,22
– Reisekosten	7 730 134,92
– Informationsmaterial	1 184 980,56
– Druckkosten	7 502 978,84
– Versandkosten metall u.a.	4 412 956,06
– Sonstige Umlagen, Mitgliedschaften	873 705,60
– Agitationskosten	3 157 747,34
Summe	52 228 541,13

Verwaltungskosten	
– Personalkosten	74 870 131,08
– Fremde Dienstleistungen	2 476 169,90
– Honorare, Beratungskosten	9 757 407,54
– Steuern, Abgaben, Versicherungen	441 034,73
– DV-, Büro-, Haushaltsmaterial	1 040 668,98
– Energiekosten	751 274,49
– Reparaturkosten	1 511 238,23
– Mieten	10 221 120,42
– Postgebühren u.a.	3 384 147,35
– Sonstige Verwaltungskosten	6 300 241,06
– Abschreibung auf Anlagevermögen	5 638 013,34
Summe	116 391 447,12

Gesamtsumme der Ausgaben	467 651 278,91
---------------------------------	-----------------------

JAHRESERGEBNIS	– in Euro –
Einnahmen	431 365 560,09
Ausgaben	467 651 278,91
Finanzierung aus Vermögen	22 699 378,77

Ergebnis Hauptkasse nach Rückstellungen	–13 586 340,05
--	-----------------------

Im Januar 2001 löste die Erwerbsminderungsrente (EM-Rente) die Erwerbsunfähigkeitsrente (EU-Rente) ab. Rente wegen Berufsunfähigkeit erhalten nur noch vor

Gleichzeitig wurden mit dem neuen Gesetz **Abschläge** eingeführt. Nur wer erst mit 63 Jahren in Rente geht, muss keine Kürzung hinnehmen. Beansprucht jemand die

4 RA 22/05 R). Trotzdem weigern sich die Versicherungen, Rentnern unter 60 die Rente abschlagsfrei zu zahlen. Rund 750 000 Menschen sind betroffen. Etliche haben geklagt, auch IG Metall-Mitglieder. Die IG Metall rät allen Betroffenen, Widerspruch gegen Abschläge in ihren Rentenbescheiden einzulegen. Es sind einige Verfahren anhängig. Endgültig entschieden wird der BSG voraussichtlich nächstes Jahr.

In nächster Zeit könnten aber auch noch andere Änderungen eintreten. SPD-Politiker fordern Ausnahmen bei der Rente mit 67 für besonders belastete Arbeitnehmer: Wenn sie 60 Jahre alt sind oder 35 Beitragsjahre haben und gesundheitlich so eingeschränkt sind, dass sie keine schweren Arbeiten mehr ausführen können, soll ihnen auch die volle Erwerbsminderungsrente zustehen. Selbst wenn sie noch mehr als sechs Stunden arbeiten können. Dies hatten Sozialpolitiker der IG Metall vorgeschlagen. »Es macht keinen Sinn«, sagt Johannes Schaller, Rentenexperte beim IG Metall-Vorstand, »Menschen auf den Arbeitsmarkt zu verweisen, die schon älter sind und zusätzlich auch noch leistungsgemindert.«

... Erwerbsminderungsrente

Noch ein Zoff-Thema in der SPD: Eine Arbeitsgruppe der Bundestagsfraktion will den Zugang zur Erwerbsminderungsrente erleichtern. Dabei orientiert sie sich an Vorschlägen der IG Metall. Wegen heftigen Widerstands von Arbeitsminister Müntefering will die Bundestagsfraktion die Änderung nur noch »prüfen«, also wohl sanft beerdigen. Dagegen protestieren wiederum einflussreiche Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg.

1961 Geborene. Durch das neue Gesetz hat sich für Menschen, deren Leistungsfähigkeit eingeschränkt ist, einiges geändert.

Bei der alten EU-Rente genügte es für die volle Rente, dass das Leistungsvermögen unter acht Stunden gesunken war. Jetzt, bei der EM-Rente, erhält die volle Rente nur noch, wer weniger als drei Stunden arbeiten kann. Ist jemand noch bis knapp sechs Stunden arbeitsfähig, gibt es grundsätzlich nur noch die halbe Rente. Es sei denn, er findet keine passende Teilzeitstelle.

Seit 2001 müssen alle, die eine EM-Rente beziehen und nebenbei noch etwas arbeiten wollen, **Hinzuverdienstgrenzen** beachten. Bei einer vollen Rente beträgt sie monatlich 350 Euro; zweimal im Jahr darf sie um das Doppelte überschritten werden. Geschieht das öfter, wird die Rente gekürzt.

Rente früher, wird sie für jeden vorzeitigen Monat um 0,3 Prozent gekürzt. Wer also mit 60 Rente beantragt, muss sich auf 10,8 Prozent Abschläge einstellen. Das ist das Maximum.

Dadurch, dass der Gesetzgeber bei der EM-Rente die gleichen Abschläge einführt wie bei der Altersrente, wollte er verhindern, dass Versicherte, die vorzeitig in Rente gehen, von der Alters- auf die EM-Rente ausweichen.

Doch die Rentenversicherungen kürzen auch die Bezüge der Erwerbsgeminderten, die vor 60 Jahren in Rente gehen. Sie behandeln sie, als wären sie mit 60 in Rente gegangen, und behalten 10,8 Prozent Abschläge ein. Am 16. Mai 2006 entschied der vierte Senat des Bundessozialgerichts (BSG) zwar, das habe der Gesetzgeber nicht beabsichtigt, es widerspreche dem Gesetz (Aktenzeichen:

SCHIFFBAU-UMFRAGE

Werften profitieren vom Auftragsboom

► **Mehr Informationen im Extranet: extranet.igmetall.de**
→ Branchen
→ Schiffbau

Die Lage auf den deutschen Seeschiffswerften ist gut. Im letzten Jahr wurden die Stammarbeitskräfte um drei Prozent erhöht, hat die Schiffbau-Umfrage 2007 der IG Metall Küste ergeben.

Im September waren auf den 40 deutschen Werften 20 178 Beschäftigte fest angestellt. Darüber hinaus waren 15 000 Leiharbeiter und Werkvertragsnehmer auf den Werften zum Teil langfristig tätig. »Der Auftragsboom auf den deutschen Werften droht zu verpuffen, wenn nicht weitere Neueinstellungen und zukunftssichere Jobs angeboten werden«, sagt Jutta Blankau, Bezirksleiterin der IG Metall Küste, bei der Vorstellung der Ergebnisse. Die Werften müssten Leiharbeitskräfte und Werksver-

träge in feste Arbeitsplätze umwandeln. Der deutsche Schiffbau wird von sechs Werftengruppen dominiert, die 20 Werften umfassen. Sie beschäftigen zusammen knapp 80 Prozent aller deutschen Werftarbeiter. Neben diesen Gruppen existiert eine Vielzahl weiterer Werften, welche zwar deutlich weniger Beschäftigte aufweisen können als die Werftgruppen, die aber zum Teil in speziellen Schiffssegmenten führend sind und auf eine relativ gute Auslastung in den nächsten Jahren verweisen können. Von September 2006 bis Ende August 2007 zeigte sich, dass die deutschen Werften wie in den beiden Jahren zuvor, vom weltweiten Auftragsboom profitieren konnten.

NUTZFAHRZEUGE

Erfolg bei Leiharbeit

Mehr Mitspracherechte bei der Leiharbeit haben die Teilnehmer der Betriebsrätekonferenz aus der Nutzfahrzeugbranche verlangt. Die aktuellen Gesetze böten Betriebsräten nur begrenzte Einflussmöglichkeiten und erschwerten die Betriebsratsarbeit. Trotzdem berichteten auf der Konferenz einzelne Arbeitnehmervertretungen von guten Erfolgen.

So wurde bei Schmitz Cargobull in Altenberge eine Betriebsvereinbarung durchgesetzt, die befristete Stellen und Stellen von Leiharbeitern in reguläre Arbeitsverhältnisse umwandelt. Rolf Tschorn von der IG Metall Rheine: »Wenn Betriebsräte das Thema Leiharbeit zur Chefsache machen, können sie viel erreichen.«

MOBBING

Arbeitsverweigerung erfordert Belege

Wenn ein Arbeitnehmer nicht mehr zur Arbeit kommt, weil er »gemobbt« wird, und diese »Rückbehaltung« seiner Arbeitsleistung vor Gericht als rechtmäßig anerkannt haben will, muss er die konkreten Tatsachen für die »Mobbing-Situation« benennen. Der Betroffene muss darlegen, auf Grund welcher Umstände er nicht mehr mit Vorgesetzten oder Mitarbeitern zusammenarbeiten kann oder welche Tätigkeiten ihm nicht zugewiesen werden dürfen.

BAG vom 23. Januar 2007 – 9 AZR 557/06

KÜNDIGUNG

Aufhebungsvertrag statt Befristung

Nach einer Kündigung kann vereinbart werden, dass das Arbeitsverhältnis erst endet, nachdem die Kündigungsfrist abgelaufen ist. In der Regel ist das keine nachträgliche Befristung des Arbeitsverhältnisses (die einen sachlichen Grund haben muss). Wenn der Betroffene nach der Vereinbarung zu keiner Arbeitsleistung mehr verpflichtet ist und zugleich Abfindungen, Zeugnis und Ähnliches geregelt werden, handelt es sich um einen Aufhebungsvertrag.

BAG vom 15. Februar 2007 – 6 AZR 286/06

BETRIEBSÜBERGANG

Übernommene gleich behandeln

Bei freiwilligen Lohnerhöhungen durch den Arbeitgeber gilt der Grundsatz der Gleichbehandlung auch für Arbeitnehmer, die nach einem Betriebsübergang übernommen wurden. Der Arbeitgeber darf nicht allein nach Stammbesellschaft und hinzugekommenen Arbeitnehmern differenzieren. Wohl aber kann die Anpassung unterschiedlicher Arbeitsbedingungen beider Gruppen eine Differenzierung rechtfertigen.

BAG vom 14. März 2007 – 5 AZR 420/06

FREIWILLIGE ZULAGEN

Einseitige Klauseln sind unwirksam

Sieht eine nach 1. Januar 2002 vom Arbeitgeber vorformulierte Passage im Arbeitsvertrag eine monatliche Zulage mit dem Zusatz »freiwillige Leistung, ohne Anerkennung einer Rechtspflicht« vor, ist sie unwirksam. Denn mit einer solchen Klausel wird der Arbeitnehmer unangemessen benachteiligt. Wurde die Regelung schon vor 2002 getroffen, kann der Freiwilligkeitsvorbehalt umgedeutet werden als Widerrufsvorbehalt. Dieser kann aber gerichtlich überprüft werden.

Mit dieser Entscheidung erkennt das Bundesarbeitsgericht die strukturelle Unterlegenheit und damit die Schutzbedürftigkeit der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern an. Und zwar nicht nur beim Eingehen von Arbeitsverhältnissen, sondern auch im bestehenden Arbeitsverhältnis, wenn der Arbeitgeber einseitig seine Überlegenheit ausnützt.

BAG vom 25. April 2007 – 5 AZR 627/06

KÜNDIGUNG

Kein Ersatz durch Leiharbeitnehmer

Eine betriebsbedingte Kündigung wegen Wegfalls der bisherigen Arbeit ist unzulässig, wenn der Arbeitgeber die Arbeitnehmer anderweitig beschäftigen kann. Dabei sind auch Arbeitsplätze einzubeziehen, die mit Leiharbeitnehmern besetzt sind. Die Sozialauswahl nach § 1 Abs. 3 Kündigungsschutzgesetz wäre ausgehebelt, wenn Leiharbeitnehmer gehalten und Stammbeschäftigte mit langjähriger Betriebszugehörigkeit weichen müssten.

Wendet der Arbeitgeber ein, Leiharbeitnehmer würden nur kurzfristig eingesetzt (wenn Stammbeschäftigte ausfallen), muss er beweisen, dass zum Zeitpunkt der Kündigung ihr Einsatz über den Kündigungstermin hinaus nicht absehbar war.

LAG Hamm vom 5. März 2007 – 11 Sa 1338/06

BETRIEBSRATSARBEIT

Höherer Einsatz muss begründet werden

Ein Betriebsratsmitglied kann teilweise von der Arbeit freigestellt werden. Wenn es für längere – über die Freistellungszeit hinausgehende – Tätigkeit für den Betriebsrat vergütet werden will, muss es genau darlegen, wann und warum es länger für die Interessenvertretung der Arbeitnehmer gearbeitet hat.

LAG Frankfurt vom 28. November 2006 – 15 Sa 1343/06

BETRIEBSRATSWAHL

Vorschläge rechtzeitig prüfen

Der Wahlvorstand muss kurz vor Ablauf der Frist Vorkerkungen treffen, dass er eingehende Wahlvorschläge möglichst sofort prüfen und die Listenvertreter über etwaige Mängel informieren kann. Das gilt besonders für den vorletzten und letzten Tag vor Fristablauf. Hat der Wahlvorstand einen Tag vor Fristablauf noch keine Vorschläge erhalten, muss er organisatorische Vorbereitungen treffen, damit eine Sitzung und zeitnahe Überprüfung am letzten Fristtag noch möglich ist. Verletzt er diese Pflicht, kann dies zur Anfechtbarkeit der Betriebsratswahl führen.

LAG Kiel vom 14. Februar 2007 – 6 TaBV 27/06

BETRIEBSRAT

Rücktritt korrekt beschließen

Wenn ein Betriebsrat zurücktreten will, bedarf es dazu eines ordnungsgemäßen Betriebsratsbeschlusses (§ 13 Abs. 2 Nr. 3 BetrVG). Ein Beschluss im Umlaufverfahren ist unzulässig. Das entschied das Landesarbeitsgericht Hamm. Außerdem stellte es klar: Wenn eine Wählerliste nicht ausgehängt wird, kann die Wahl angefochten werden. Das kann dazu führen, dass sie unwirksam ist.

LAG Hamm vom 17. August 2007 – 10 TaBV 37/07

► **Literatur:**
Der neue digitale »Kittner« ist da. Alle Gesetze und Verordnungen bis zum Rechtsstand vom 15. August 2007 im vollen Wortlaut. Erschienen im Bund-Verlag. Michael Kittner: »Arbeits- und Sozialordnung«, CD und CD-ROM, 9. Auflage, 59,90 Euro.

TERMINE

22. und 23. November

Welchen Einfluss kann die Berufspraxis jetzt und in Zukunft auf die Qualität der Hochschulabschlüsse nehmen? Antworten auf diese Frage sollen auf dem Treffen des gewerkschaftlichen Gutachternetzwerks **»Systemakkreditierung und Qualitätsmanagementsysteme«** gefunden werden. Ziel der Veranstaltung ist es, die Diskussion zwischen Akkreditierungsagenturen, Vertretern der Hochschulrektorenkonferenz und Studierenden zu fördern. Außerdem soll ein Überblick über die Herausforderungen der Systemakkreditierung vermittelt werden. Die Veranstaltung findet an der TU Berlin statt und fällt unter § 37,6 BetrVG und § 46,6 BPersVG. Anmeldung und weitere Informationen unter:

► www.gutachternetzwerk.de
→Aktuelles

MATERIAL

► **Weltwirtschaft:** Wie hat sich Deutschland im Vergleich zu den wichtigsten Industrieländern in Europa, der USA und Japan wirtschaftlich und beschäftigungspolitisch entwickelt? In der aktualisierten IG Metall-Broschüre **»Report 2007«** sind die wirtschaftlichen Zusammenhänge kurz und verständlich dargestellt und erläutert. Der Report kann vollständig oder nach Teilbereichen heruntergeladen werden.

► www.extranet.igmetall.de
→Themen →Wirtschaft →Weltwirtschaft →Wirtschaftsdaten

► **Werkstudenten:** Welche Rechte haben Werkstudenten? Wie werden sie bezahlt und welche Leistungen stehen ihnen zu? Die IG Metall-Broschüre **»Werkstudenten, Billige Arbeitskräfte oder gleichgestellte Mitarbeiter«** zeigt anhand von Beispielen, worauf

Betriebsräte bei Eingruppierung und arbeitsrechtlichen Vereinbarungen achten sollten.

► www.extranet.igmetall.de
→Betrieb →Werkstudenten

► **Gender Mainstreaming:** Wie Betriebsratsarbeit unter dem Geschlechteraspekt entwickelt werden kann, wird in der Broschüre **»Vielfalt nutzen«** aufgezeigt.

► www.extranet.igmetall.de
→Themen →Gleichstellung
→Gender Mainstreaming
→Literatur und Links

ZITATE

»Man darf Politik doch nicht so verstehen, dass alles gleich bleiben und wie die Zehn Gebote vor sich hergetragen werden muss.«

Berthold Huber, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, zur Initiative von Kurt Beck, die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I für Ältere zu verlängern.



BÜCHER

► **»Armut im Überfluss«** ist ein brisanter Armuts- und Reichtumsbericht. Die Autoren schildern Lebenssituationen von Menschen, die trotz harter Arbeit nie auf einen grünen Zweig kommen, die am Existenzminimum leben oder deren Bemühungen um Absicherung im Alter durch die Gesetzgebung ad absurdum geführt werden. Sie decken Nebenverdienste in der Politik auf und beschreiben das ganze Ausmaß der Umverteilung von unten nach oben durch Steuerpolitik und das öffentliche Schuldenmachen.

Dorothee Beck/Hartmut Meine: »Armut im Überfluss«. Steidl Verlag, 2007. 18 Euro.

TAGUNG

16. und 17. November

Im Mai 2006 wurde auf dem DGB-Bundeskongress beschlossen, regionale Arbeitskreise **»Schule und Arbeitswelt«** zu initiieren, um der Schulreform und -politik vor Ort einen höheren Stellenwert zu verleihen. Die Arbeitskreise sollen Kooperationen zwischen Schule und Betrieb fördern, die gewerkschaftliche Beteiligung an der Schulpolitik erhöhen und ein Gegengewicht zur Präsenz von Wirtschaftsverbänden und Unternehmen an Schulen sein. Darum wollen IG Metall, Verdi, GEW, IG BCE und der DGB jetzt ihre schulpolitischen Aktivitäten stärker miteinander verknüpfen. Vor diesem Hintergrund lädt der DGB zur Tagung **»Schule und Arbeitswelt«** ein. Veranstaltungsort: Bildungszentrum Dortmund. Anmeldung und Infos zum Ablaufplan unter:

► www.extranet.igmetall.de
→Service →Termine
Oder Tanja Ebel, DGB, kontaktieren, Telefon 030/24 06 0-181.